



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/177 - 1.8.53

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber Q39890

Den Kanzler beim Wort genommen	S. 1
Frankreich und die EWG	S. 3
Hessische Aufbauleistungen	S. 5

## Die Richtschnur

R.D. Der Wahlauftrag des DGB hat wie ein Blitz die Landschaft erleuchtet. Auch wer es zuvor nicht sehen wollte, findet in dem so aufgehellten Bild, daß die Protestierenden: Der Bundeskanzler, seine Regierung, die Koalitionsparteien, die Unternehmer und die Rechtsradikalen in einer einheitlichen Front gegen die Arbeitnehmer angetreten sind. Obwohl der DGB weder eine Partei noch eine Person direkt ansprach, haben sie sich sämtlich angesprochen gefühlt und damit kundgetan, daß die Warnungen des DGB vor der sozialen, wirtschaftlichen, politischen und sogar militärischen Reaktion auf sie alle zutreffen.

Und in der Tat: Den Inhalt dieses Aufrufes haben doch letztlich die Koalitionsparteien und ihre Regierungen in den vier Jahren ihrer Regierungstätigkeit selbst bestimmt, stellte Erich Ollenhauer auf der Tagung der sozialen Arbeitsgemeinschaften in Essen fest, und ebenso die Form. Denn diese war bestimmt durch das Schreiben Konrad Adenauers vom 16.5.52 an den Vorsitzenden des DGB, aus dem wir zitieren:

"Die Gewerkschaften haben selbstverständlich das Recht, ihrer Meinung im Rahmen der Gesetze in jeder ihnen zweckmäßig erscheinenden Form im Parlament und der Öffentlichkeit bekanntzugeben... Der Wähler allein hat das Recht, durch die Abgabe seiner Stimme bei Wahlen die Zusammensetzung des Parlamentes zu bestimmen, und damit die parlamentarische Willensbildung zu beeinflussen. Im kommenden Jahr werden Neuwahlen zum Deutschen Bundestag stattfinden. Hier bietet sich dem Deutschen Gewerkschaftsbund eine Möglichkeit, auf dem in unserer Verfassung vorgesehenen Wege seine Auffassungen über eine einheitliche und fortschrittliche Betriebsverfassung durchzuführen".

Das und nicht mehr, haben nur der DGB und die Gewerkschaften getan.

Heute wird ihnen für diesen Aufruf der Bruch der parteipolitischen Neutralität vorgeworfen. Bundesminister Kaiser droht

sogar Konsequenzen an, nach denen es den christlichen (sprich CDU) Gewerkschaftern nicht mehr möglich sein sollte, im DGB zu verbleiben, obwohl Matthias Föcher, ein bekanntes christliches (CDU) Mitglied des Bundesvorstandes des DGB diese Erklärung redaktionell mitbearbeitete. 'Bruch der Neutralität' schreibt sogar der Informationsdienst des Bundespresseamtes, eine Regierungsstelle also, die sich strengster Neutralität zu befleißigen hätte, in einer Stellungnahme zu den acht Thesen des DGB, die folgendermaßen schließt: "In Kürze wird ein neuer Bundestag gewählt. Kein Zweifel kann darüber bestehen, wie er aussen wird, wenn den bisher verantwortlichen Politikern auch weiterhin die Möglichkeit gegeben werden soll, den erfolgreichen Weg aus dem Zusammenbruch zum Aufstieg fortzuführen". Das ist ein Muster von Parteinahme einer amtlichen Stelle, die auf lange Übung im Goebbelschen Informationsamt schließen läßt und die jeden Schein von Recht verwirkt, einer nichtamtlichen Stelle, dem DGB, Vorhaltungen über seine Auffassungen zu machen.

Zu den Thesen des DGB wiederholt der Informationsdienst oft widerlegte Zahlen. Er entschuldigt die auch im Sommer nicht unterschrittene Arbeitslosenzahl von 1 1/2 Millionen mit der Zuwanderung aus dem Osten. Sehen wir davon ab, daß diese Zuwanderung seit 1945 nur etwa 1,8 Millionen bis Ende 1952 betrug, so besteht außerdem in der Bundesrepublik eine Unterbilanz an Arbeitskräften von etwa 4 Millionen. Denn der Anteil der Arbeitenden an der deutschen Bevölkerung ist von 52 Prozent vor dem Kriege auf 43 Prozent heute zurückgegangen, und nur dieser Rückgang hat die Bundesrepublik in der vergangenen Konjunktur-Periode vor einer Arbeitslosenzahl von 5 Millionen bewahrt.

Irreführende Zahlen gibt der Informationsdienst auch über die Entwicklung der Reallohne, denn hierbei sind nicht die Steigerungsprozente seit der Währungsreform, sondern die niedrige Ausgangsbasis der Löhne vor der Reform bedeutsam. Tatsache ist, daß trotz dieser statistischen Steigerung die deutschen Löhne weit unter dem europäischen Niveau liegen, und die Lebenshaltung der Arbeitnehmer in Deutschland einen wesentlich höheren Arbeitsaufwand erfordert, als in vergleichbaren westlichen Ländern. Demagogisch werden auch die Einwände der Gewerkschaften gegen die Steuerpolitik umgangen, denn diese Einwände beziehen sich nicht nur auf die zu niedrige Steuerfreigrenze, sondern mehr noch auf die unsoziale indirekte Besteuerung, die den Arbeitnehmerhaushalt um das Mehrfache der Lohnsteuer belastet. Unwahre Behauptungen werden schließlich aufgestellt über eine "soziale" Preis- und Subventionspolitik der Regierung. Zu den Preisen braucht man kein Wort zu sagen, sie sprechen gegen die Regierung und die Subventionen haben fast ausschließlich der Preisstützung für Agrarerzeugnisse gegen die Interessen der Verbraucher gedient. Die Abwanderung der Verbraucher von der Butter zur Margarine kennzeichnet am besten die angeblich gestiegene Lebenshaltung der deutschen Arbeitnehmer.

Der Bundeskanzler als Vorsitzender der CDU konnte sich selbst keinen schlechteren Dienst erweisen, als den DGB anzufragen, wer in diesem Wahlauftritt als Partei oder Person angesprochen sei. Im Volksmund heißt es: Wem die Jacke paßt, der zieht sie sich an. Der DGB hat nur gemäß der Empfehlung des Kanzlers die Richtschnur gegeben, an der die Wähler die Parteien und Politiker messen sollten. Es ist nicht schuld des DGB, daß nur eine Partei in Deutschland diesem Richtmaß entspricht. Sie alle haben vier Jahre Zeit gehabt, das zu bedenken.

Kommentar aus Frankreich

Gaston Palewski gegen Eisenhowers Brief an Adenauer

Der Vizepräsident der Nationalversammlung, Gaston Palewski, hat am Dienstag, d. 28. Juli, in Pierrefitte in einer Rede u.a. erklärt:

"Am Tage, nachdem das französische Parlament in Ferien gegangen ist, ist der Brief Präsident Eisenhowers an Bundeskanzler Adenauer veröffentlicht worden. Ist dies nur Zufall? Vielleicht. Aber das Parlament hätte diesen Brief, der beweist, dass man in Washington das grundsätzliche Missverständnis nicht hat beseitigen können, das sowohl die französisch-amerikanischen als auch die französisch-deutschen Beziehungen zu vergiften droht, und das zugleich dem Willen zu einer internationalen Entspannung im Wege steht, nicht hinnehmen können, ohne dagegen zu protestieren.

Da es uns unmöglich war, zu erreichen, dass die Nationalversammlung angesichts der grundlegenden Änderungen, welche die internationale Lage völlig verwandelt haben, in eine ausführliche Debatte über die französische Aussenpolitik eintritt, bevor sie auseinandergeht - und diese Debatte ist uns seit den Wahlen verweigert worden - müssen wir uns in unserer individuellen Eigenschaft als Volksvertreter ganz ausdrücklich gegen den von Washington und Bonn eingenommenen Standpunkt verwahren. Man hat auf der einen Seite im Namen der Vereinigten Staaten und auf der anderen im Namen der Bundesrepublik gesprochen. Aber gleichzeitig beruft man sich auf Dinge, die erst des Einverständnisses Frankreichs bedürfen. Dieses Einverständnis ist jedoch weder vorhanden, noch überhaupt möglich.

Wenn Präsident Eisenhower erklärt, die Wiedervereinigung Deutschlands und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft schlössen einander nicht aus, dann spricht er von etwas, das erst im Augenblick der Ratifizierung der Verträge durch Frankreich überhaupt entstehen könnte. Diese Ratifizierung ist jedoch, um es nur sehr vorsichtig auszudrücken, zumindest zweifelhaft.

Uns scheint es ungewöhnlich, dass eine solche Stellungnahme veröffentlicht werden konnte, ohne dass man die französische Regie-

1. August 1953

rung befragt und ihr Einverständnis eingeholt hat. Natürlich hätte sie ihre Einwilligung hierzu gar nicht geben können. Sie weiss nämlich sehr gut, dass jede Regierung, die ihr Schicksal mit dem der Ratifizierung der EVG-Verträge verknüpfen würde - und das in einem Augenblick, wo Aussichten auf eine Wiedervereinigung Deutschlands vorhanden sind - sofort gestürzt werden würde.

Zunächst einmal müssen wir bemerken: die Europäische Verteidigungsgemeinschaft ist nicht vorhanden. Wäre sie aber bereits geschaffen, dann würde sie diplomatisch gesehen, kein einheitliches Gebilde darstellen, das geschlossen Verpflichtungen eingehen könnte. Allein die Unterzeichnerstaaten könnten, jeder für sich, Verpflichtungen eingehen. Und zwar ausser einem Staat, der Bundesrepublik, diese besitzt gar keine Voraussetzungen, um für 50 Jahre diplomatische Verpflichtungen einzugehen, denn sie hat ja überhaupt keine juristische Existenz (!) und ist streng genommen diplomatisch nur als Funktion einseitiger Entscheidungen von dreien der vier Siegermächte existent (!).

Schwerwiegend ist, dass der Wille, einem der Partner um jeden Preis im Wahlgenosse zu helfen, bereits die Wirkung gehabt hat, dass in Washington Bedingungen gestellt wurden, die Viermächteverhandlungen von vornherein zum Scheitern zwingen müssen. Wir möchten deshalb ausdrücklich erklären, dass Frankreich sich hierzu nicht hergeben wird, und dass wir einen zeitweiligen Fehlschlag von Viermächteverhandlungen über die Wiedervereinigung, wenn er unter diesen Bedingungen erfolgen sollte, keineswegs als "abgeschlossene Sache" betrachten würden. Das würde keineswegs automatisch eine Ratifizierung der Verträge von Bonn und Paris nach sich ziehen.

Deutschland und Amerika klammern sich an eine überholte Politik und gerade dadurch kompromittieren sie endgültig das, was daraus noch hätte gerettet werden können auf dem Wege zu einer freien Gemeinschaft der Völker Europas, einer Gemeinschaft, die sich bis zu den östlichen Grenzen der europäischen Ebene erstrecken muss, und die, wenn sie als Gegengewicht einen erneuerten und verstärkten Atlantischen Pakt hat, eine der Grundlagen für die französische Aussenpolitik abgeben kann."

+ + +

In Hessen wird den Flüchtlingen geholfen

K.H. - Darmstadt

Im Rahmen des von der sozialdemokratischen Landesregierung durchgeführten Hessenplanes kommt den Umsiedlungsmaßnahmen für Flüchtlinge innerhalb des Landes Hessen große Bedeutung zu. Die Erfahrung hat gelehrt, daß es durchaus nicht genügt, für Heimatvertriebene Wohnraum zu schaffen, sondern das tatsächliche volkswirtschaftliche und sozialpolitische Problem liegt vor allem darin, die Fach- und Arbeitskräfte in die Industriegebiete zu steuern, wo die objektiven Voraussetzungen für eine Eingliederung in den Arbeitsprozeß vorhanden sind.

In den Jahren 1951/52 war es gelungen, ca. 8000 Wohnungseinheiten zu schaffen, die nur der innengebietlichen Umsiedlung dienen. Alles in allem gelang es dank des Hessenplanes bisher in diesen beiden Jahren im Rahmen der Landes- und Bundesumsiedlung 43000 Personen unterzubringen und diesen damit zu einer neuen Existenzgrundlage zu verhelfen. Hierzu kamen noch 1800 Sperrgürtelflüchtlinge, das sind jene Sowjetzonenflüchtlinge, die im Jahre 1952 ihre an der Zonengrenze gelegenen Dörfer verließen und in Hessen Asyl suchten, die ebenfalls wohnungs- und arbeitsmäßig untergebracht werden mußten. Außerdem wurden noch 300 Familien, das sind 1200 Personen, durch die Schaffung von Nebenerwerbsstellen für Heimatvertriebene näher an ihre Arbeitsplätze herangeführt, so daß das gesamte Ergebnis aller Umsiedlungsmaßnahmen in den Jahren 1951/52 etwa 46000 Menschen zugute kam. - Eine Zahl, auf die Staatssekretär Jaksch, der Beauftragte für das Flüchtlingswesen der hessischen Landesregierung und seine Mitarbeiter mit Recht stolz sein können.

Alle diese Maßnahmen lagen auch im Interesse der hessischen Bevölkerung, denn durch sie wurde eine Verringerung der Arbeitslosigkeit und eine Vergrößerung des Sozialproduktes erreicht.

Ebenfalls zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dienen die Hessenplankredite. Mit ihrer Hilfe ist man vor allem bemüht, die Notlage im nordhessischen Raum zu mindern. Dies geschieht einerseits durch Förderung von Betriebsverlegungen nach diesem Notstandsgebiet

und andererseits durch Kredite bei Betriebserweiterungen. Von den zwanzig Millionen DM der Hessenplankredite entfielen aus den oben-erwähnten Gründen allein auf den Regierungsbezirk Kassel 8,269 Millionen DM, das sind 41,35%, mit denen 52 Betriebe gefördert und zwei Gemeinden mit Werkhallen ausgestattet werden konnten. Dank dieser Maßnahmen war es möglich, bisher von den im Gesamtplan vorgesehenen 2.897 Arbeitsplätzen für die nordhessischen Notstandsgebiete 1.432 Dauerarbeitsplätze zu schaffen. Alles in allen erwartet man durch diese Kreditgewährung etwa 6000 neue Arbeitsplätze zu gewinnen. Bisher konnten im Zuge der Verwirklichung dieses Planes 2.300 Arbeitsplätze gewonnen werden.

Umsiedlungspläne und Kreditförderung, das sind an sich sehr trockene Themen, bei denen sich der bittere Beigeschmack von Büros und Ämtern nie ganz verliert. Doch hinter diesen Zahlen und Statistiken stehen zehntausende Kinder, Frauen und Männer - Familien, denen hier durch die zähe und harte Arbeit der sozialdemokratischen Landesregierung eine Lebens- und Verdienstmöglichkeit geboten wurde.

46000 Menschen, die nicht mehr vor einem wirtschaftlich und beruflich ungesicherten Morgen zittern müssen.

46000 Menschen, das ist nur ein kleiner Teil aus der großen Armee der Heimatvertriebenen und Sowjetzonenflüchtlinge und doch ist es ein vielversprechender Anfang, denn unbestreitbar steht die sozialdemokratische Landesregierung Hessens, was die tatkräftige Hilfe für Flüchtlinge betrifft, an der Spitze aller deutschen Länder.

Während die anderen es vorziehen, in billigen Sonntagsreden an die nationalistischen Ressentiments der Flüchtlinge zu appellieren, gehen die Sozialdemokraten Hessens den schweren aber besseren Weg - praktische Aufbauarbeit zu leisten und so den Alt- und Neuflüchtlingen den Weg ins neue Leben zu erleichtern.

+ + +